

Diese Aufgaben sind so zu erfüllen, daß den notwendigen Anforderungen bei Einführung der Währungsunion Rechnung getragen wird.

Unsere Bürger haben verständlicherweise hohe Erwartungen an unsere Energie- und Umweltpolitik.

In der Energiepolitik folgen wir dem Ziel einer umweltfreundlichen und rationellen Energieerzeugung und Energieverwendung.

Wir gehen davon aus, daß die Energieerzeugung aus Rohbraunkohle in den kommenden Jahren drastisch reduziert werden muß, um die hohe Luftbelastung durch die stark schwefelhaltige Rohbraunkohle aus DDR-Aufkommen deutlich zu senken und die weitere Zerstörung wertvollen Kulturgutes und der Landschaft durch überdimensionalen Kohleabbau einzuschränken. Wir werden stärker auf die Nutzung umweltfreundlicher Energieträger wie Erdöl, Steinkohle und Erdgas zurückgreifen müssen. Ein Schwerpunkt der Rekonstruktion der Braunkohlekraftwerke ist die Rauchgasentschwefelung und die Erhöhung des Wirkungsgrades bei der Energieerzeugung.

Auch diese Probleme, die sich aus der notwendigen Bereitstellung ausreichender Energieträger ergeben, kann die DDR nicht alleine lösen. Wir setzen deshalb auf einen schnellen Energieverbund mit der Bundesrepublik, um die dort vorhandenen Kapazitätsreserven zu nutzen.

Wir gehen davon aus, daß wir wohl auf absehbare Zeit nicht auf die Nutzung von Kernenergie verzichten können. Die Gutachten werden hier das entscheidende Wort zu sprechen haben. Wir werden nach der Entscheidungsfindung die vorhandenen Kernkraftwerke durch Rekonstruktion und Modernisierung auf international geltenden Sicherheitsstandard zu bringen haben.

Mit steigender Wirtschaftskraft werden die Möglichkeiten zur Finanzierung der nicht billigen Umweltschutzmaßnahmen wachsen. Dazu zählt auch Erforschung und wirtschaftliche Nutzung alternativer Energieträger. Wir werden die Einführung umweltfreundlicher Technik steuerlich begünstigen. Der bevorstehende Strukturwandel der Wirtschaft muß und wird so zu umweltfreundlicher und abproduktarmer, marktgerechter Produktion führen. Neue Industrieansiedlungen werden allerdings schon jetzt den EG-Standards entsprechen müssen.

Ein Schwerpunkt ist die Erarbeitung von Sanierungs- und Stilllegungsprogrammen für industrielle und kommunale Altanlagen mit starker und unvermeidbarer Umweltbelastung. Der Umlenkung frei werdender Arbeitskräfte in andere wichtige Bereiche, insbesondere in die Infrastruktur, in den Handels- und Dienstleistungsbereich und in das Bauwesen, gilt dabei besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Durch den Aufbau einer leistungsfähigen Umweltindustrie kann unsere Lebensqualität entscheidend verbessert werden. Viele neue Arbeitsplätze werden so entstehen.

Die Regierung wird geeignete Maßnahmen ergreifen, die den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, Recycling und recyclinggerechte Produktion stimulieren.

Wir werden gesetzliche Regelungen zu progressiv gestaffelten Abgaben für Schadstoffemissionen in Wasser, Luft und Boden und andere Umweltbeeinträchtigungen erarbeiten und die Bildung eines staatlichen Ökofonds aus Abgaben, Gebühren und Stiftungen zur Unterstützung umweltverbessernder und naturschützender Maßnahmen, insbesondere für unvorhersehbare ökologische Folgemaßnahmen und Altlastsanierungen, einführen.

Das erfordert:

- eine wirksame, dem internationalen Stand entsprechende Umweltschutzgesetzgebung,
- eine umfassende staatliche Umweltschutz- und Umweltkontrolle,
- eine rechtsverbindliche Raum- und Flächenordnung zur Si-

cherung des Flächen-, Landschafts- und Naturschutzes in kommunaler, regionaler und überregionaler Abstimmung und - eine staatliche Förderung der Umweltforschung.

Die komplizierte Wirtschaftssituation in unserem Land spiegelt sich auch in einer unterentwickelten Infrastruktur, insbesondere im Bereich des Verkehrs-, des Post- und Fernmeldewesens und im Bauwesen, wider.

Der Aufbau eines leistungsfähigen Verkehrswesens ist eine der Grundvoraussetzungen für die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, für wirtschaftliches Wachstum und für den Wohlstand des Landes.

Wir brauchen einen Güterverkehr, der auf die Bedürfnisse unserer sich entwickelnden Wirtschaft ausgerichtet ist und das Zusammenwachsen zu einer deutschen Wirtschaftsgemeinschaft fördert.

Für den Personenverkehr benötigen wir Verkehrsmittel und Reiseverbindungen, die dem Reisebedürfnis der Menschen unseres Landes und den gestiegenen Anforderungen an die Qualität der Verkehrsmittel Rechnung tragen. Dies gilt für die Deutsche Reichsbahn ebenso wie für die Kraftfahrzeuge.

Leistungsfähige Verkehrswege sind eine Grundlage für die dauerhafte Überwindung der Teilung Deutschlands und für ein Zusammenwachsen in ganz Europa.

Die Chancen der Marktwirtschaft wollen wir auf das nachhaltigste mit der Belebung von Städtebau und Architektur verbinden. Den Kommunen muß das Recht zukommen, das Bauen in ihren Territorien weitestgehend selbst zu bestimmen.

Die Städte- und Wohnungsbauförderung, einschließlich ihrer materiellen Sicherstellung, gehört zu den Prioritäten der Regierungspolitik. Im Zusammenwirken mit den künftigen Ländern und den Kommunen setzt sie sich für die Stadt- und Dorferneuerung als Hilfe zur Selbsthilfe ein. Dringlich sind die Wiedergewinnung, Erhaltung und Bewahrung der im europäischen Kulturraum so geschätzten historisch geprägten Stadtbilder. Gleichmaßen wird sich die Regierung der Revitalisierung der in den zurückliegenden Jahrzehnten geschaffenen Wohngebiete zuwenden.

(Beifall, vereinzelt bei der SPD)

Bürgerinitiative, Länderverantwortung und gesetzgeberisches, hoheitsrechtliches Handeln des Staates sollen sich nach dem Willen der Regierung in einer wahrhaft demokratischen Baukultur, in einer sozial und ökologisch orientierten Entwicklung der Regionen, Städte und Dörfer wiederfinden. Die Regierung sieht der Schwere dieser Aufgabe, die enorme Mittel und schöpferische Kräfte erfordert, bewußt. Sie wird das dazu nötige wirtschaftliche Potential durch umfassende Förderung der unternehmerischen Initiativen des Baugewerbes fördern und alle Instrumentarien der Raumordnung und der Stadtplanung nutzen.

Große Anstrengungen werden notwendig sein, um die erforderlichen Bauleistungen für den Ausbau und die Modernisierung der technischen und sozialen Infrastruktur und der Industrie sowie für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau, einschließlich kirchlicher Bauten, zu erbringen.

Die Regierung stellt sich ihrer sozialen Verantwortung für die Sicherung angemessener Wohnbedingungen aller Bürger. Das erfordert eine Wohnungspolitik, mit der soziales Mietrecht und Mieterschutz gewährleistet sowie die Bewahrung, Erneuerung und Erweiterung des Wohnungsbestandes ermöglicht werden. Mietpreisbindung für Wohnraum, die sich in Abhängigkeit von der allgemeinen Einkommensentwicklung regelt, ist unabdingbar.

(Beifall, vor allem bei der SPD und PDS)

Sozial Schwache erhalten Wohngeld. Kündigungsschutzregelungen für Mieter gehören zu den sozialen Grundsätzen der Koalition.